

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Die Zwängerei der F-35-Gegner verdient kein Expressverfahren – die direkte Demokratie braucht klare Regeln

In den nächsten Tagen wollen die Gegner des neuen Kampffjets ihre Initiative einreichen. Der Bundesrat sollte sie ins Leere laufen lassen. Alles andere wäre eine Aufforderung zur Obstruktion.

Fabian Schäfer, Bern

47 Kommentare →

11.08.2022, 05.30 Uhr



Die Gegner der F-35-Kampffjets müssen damit rechnen, dass ihre Initiative von der Realität überholt wird.

Urs Flüeler / Keystone

Noch selten ist ein politisches Projekt so spektakulär aus der Zeit gefallen. Der Versuch rot-grüner Armeegegner, den Kauf

der F-35-Kampffjets über eine erneute Volksabstimmung zu verhindern, war schon immer eine Zwängerei. Seit Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, steht das Vorhaben erst recht schief in der Landschaft. Doch von sicherheitspolitischen Realitäten lassen sich die Initianten nicht beirren, wacker haben sie weitere Unterschriften gesammelt. Und nun, nach einem längeren, medial eng begleiteten Hin und Her, wollen sie ihre Initiative offenbar in den nächsten Tagen einreichen. Das ist ihr gutes Recht.

Eine Spezialbehandlung aber können sie nicht erwarten. Es gelten die üblichen Fristen und Zuständigkeiten. Der Bundesrat hat den Tarif mittlerweile durchgegeben: Er will die Abstimmung über die Initiative nicht abwarten, bevor er die Kaufverträge für die Flugzeuge unterzeichnet, die bis Ende März 2023 befristet sind.

Das ist legitim und vernünftig. Das Volk hat 2020 an der Urne den Grundsatzentscheid für die Jets gefällt, wenn auch knapp. Die Umsetzung ist Sache von Bundesrat und Parlament. Nicht nur sicherheitspolitische Gründe sprechen gegen eine Verzögerung, sondern auch finanzpolitische. Wer weiss, wie eine neue Offerte für die F-35 aussehen würde? Angesichts der Umstände und der Tragweite wäre es falsch, wenn die Politik wegen der Initiative einfach die Hände in den Schooss legen würde.

Eine Einladung zur Obstruktion

Nun aber verlangen die F-35-Gegner allen Ernstes, ihre (bis dato noch immer nicht eingereichte) Initiative müsse bereits im März 2023 an die Urne kommen; erst danach dürfe der Bundesrat die Verträge unterzeichnen. Ein solches

Schnellzugstempo wäre rekordverdächtig, normal dauern diese Prozesse mehrere Jahre. Gleichzeitig ist es tatsächlich unschön, wenn eine zustande gekommene Initiative ohne Abstimmung obsolet wird. Und ja: Technisch könnte das verlangte Expressverfahren angesichts der relativ simplen Forderung der Initiative sogar möglich sein.

Staatspolitisch aber wären solche Übungen riskant. Bundesrat und Parlament sollten nicht dazu übergehen, willkürlich einzelne Initiativen in Spezialverfahren abzuhandeln. Ebenso falsch wäre es, sich durch die bloße Ankündigung eines Volksbegehrens die Hände binden zu lassen. Derlei Praktiken würden ein gefährliches Präjudiz schaffen. Es wäre mithin eine Einladung an künftige Abstimmungsverlierer, die Instrumente der direkten Demokratie auszureizen oder zu missbrauchen. Leidtragende könnte gerade auch die Linke sein.

Man stelle sich vor: Eines Tages findet ein neues CO₂-Gesetz, das unter anderem Flugticketabgaben vorsieht, an der Urne eine knappe Mehrheit. Kurz vor der Umsetzung lanciert die SVP eine Initiative für ein Verbot von Flugticketabgaben. Was nun? Wird die Einführung allein aufgrund der Ankündigung um mehrere Jahre vertagt? Gibt es wieder ein Turboverfahren? Wer entscheidet darüber?

Improvisieren ist riskant

Die direkte Demokratie ist eine wunderbare Sache, allerdings sollte man ihr Obstruktions- und Blockadepotenzial nicht unterschätzen. Umso wichtiger sind klare Spielregeln und Berechenbarkeit. Gerade das Theater um den F-35 verdeutlicht das Problem: Unter rot-grünem Druck haben die

bürgerlichen Parteien zugelassen, dass im Fall der Kampfjets ein faktisches Finanzreferendum eingeführt wird, das es rechtlich auf Bundesebene gar nicht gibt. Das war bereits beim ersten Anlauf mit den Gripen-Jets so; und im zweiten Anlauf wagte man nicht mehr, davon abzuweichen.

Die anhaltende Kontroverse zeigt, wie heikel solche staatspolitischen Improvisationen sind. Dabei wäre der Fall eigentlich klar: Entweder gibt es ein Referendum gegen Finanzbeschlüsse, dann aber auch bei allen anderen Themen, von Landwirtschaft über Entwicklungshilfe bis zu Olympischen Spielen; oder man verzichtet darauf, dann aber auch in Rüstungsfragen.